

Wirtschaft

Zeitschrift für Kommunismus
Nr. 10, Jahrgang 5
Februar 1924
Preis 0,15 Goldmark

Das Ruhrgebiet als Ausland Die „deutsche“ Revolution

Nach dem Verbot der KPD, setzte in der Mitgliedschaft ein lebhaftes Diskussion über die sogenannte Oktoberrevolution ein. In der gesamten kommunistischen Internationale hatte man auf Grund der Berichte der deutschen Kommunisten mit dem Ausbruch einer proletarischen Revolution in Deutschland für den Herbst des Jahres 1923 gerechnet. Es waren auch verschiedene Vorbereitungen in dieser Hinsicht getroffen. In der Mitgliedschaft hatte man sich dementsprechend gerichtet, verbunden mit geheimnisvollen militärischen Maßnahmen vorbereitet. Überall hatte man die linke Opposition vorgeschoben, und sie gewähren lassen. Das Verlangen nach Kampf machte die Situation immer unheimlicher für die rechten Flügel der Partei. Dieser wollte zwar die Mitgliedschaft in Bewegung halten, ihnen täglich und stündlich ein revolutionäres Panorama, d. h. eine revolutionäre Schaustellung geben, er hatte aber absolut keine Absicht, Explosionen hervorzurufen. Die Rechte wollte wohl Machtpositionen aufsuchen, um mit ihnen zu drohen. Sie glaubte aber nicht, es zu einem offenen Kampfe kommen lassen zu dürfen. Die Beweggründe liegen vollständig klar.

Die Zentrale hatte sich mehr und mehr auf dem Boden des Kampfes gegen den Faschismus festgelegt. Der Kampf gegen diese Bewegung war für sie der treibende Faktor an Revolution. Sie hatte sich damit der SPD und ihrem Programm immer mehr und mehr genähert, so daß infolge der starken Betonung des gemeinsamen Kampfes der Unterschied zwischen ihr und der SPD immer mehr verwischt wurde. Es setzte das Liebigste mit dem linken Flügel der SPD ein und damit eine weitere Annäherung an die Anschauungen der SPD, die sogar bis zum Ministerkabinet in Sachsen und Thüringen führte.

Damit hatte sich die KPD zum Kampf für die Republik verpflichtet. Ihre früheren „völkischen“ Beziehungen hatte sie wegen dieser gemeinsamen Plattform mit der übrigen Arbeiterschaft aufgegeben. Sie hatte erkannt, daß die Verbindung mit den revolutionären Führern ihr jedes Forum der Arbeiterschaft entzogen und zur Stärkung der SPD geführt hatte. Die gemeinsame antepublikanische Geste der KPD und der Kommunisten dauerte deshalb nur kurze Zeit. Die KPD verhielt bald in das andere Extrem des gemeinsamen Kampfes für die Republik. Sie hoffte durch die Republik, die Republik an den Angeln zu haben, d. h. den Tod durch Bolschewismus zu vermeiden. Bei dem großen Format der Arbeiterschaft entzogen und zur Stärkung der SPD geführt hatte. Die gemeinsame antepublikanische Geste der KPD und der Kommunisten dauerte deshalb nur kurze Zeit. Die KPD verhielt bald in das andere Extrem des gemeinsamen Kampfes für die Republik. Sie hoffte durch die Republik, die Republik an den Angeln zu haben, d. h. den Tod durch Bolschewismus zu vermeiden. Bei dem großen Format der Arbeiterschaft entzogen und zur Stärkung der SPD geführt hatte.

Es wird schon keine Rede mehr sein, oder kein Christlich mehr verschickt, wo nicht immer wieder stark auf die Gefährdung des Budgets hingewiesen wird. Geradezu hysterisch wirken die Unkenrufe.

Die Erwerbslosen sollen ruhig sein und mit dem Abbau der Zwangsarbeit einverstanden sein, sonst, ja sonst ist die Rentenmark futsch — es gibt auch Arbeitslose, die dies glauben. Die Beamten sollen in ihrem eigenen Interesse mit ihrer eigenen Entlassung, und die noch gebrauchten mit der Urteilsverkündung um 7 Tage einverstanden sein, ja sonst ist das Budget nicht zu halten.

Die Bauern sollen recht schnell ihre letzte Sa, eventuell den Bullen verkaufen, um ganz schnell Steuern zu bezahlen, sonst ist's Bog mit der vielbeliebten Edelvaluta. Die Zeit für Anschaffung von Klavieren und Fahrrädern, resp. Möbel für Kinder, die noch erzeugt werden sollen, ist vorbei.

Die Industrie soll auch Steuern bezahlen, da aber nun Rheinland-Westfalen wirklich Ausland ist, da wird kein Probot etwas dran ändern, so müssen eben die Rohstoffe vom Ausland bezogen werden und da ist's wieder mal nichts mit dem Zehn- und Zwölftelsteuertax. Der rechte einfach nicht für die Konkurrenzfähigkeit. Armer Michel, halt dich fest, es geht bald wieder los mit einer neuen Welle der Unternehmerdikate. Mit England steht man nun auch noch in Verhandlungen über die Reparationen und da sagt der Reichfinanzminister Dr. Luther, ihr müßt auf die Zahlung von monatlich 15 bis 17 Millionen Goldmark verzichten, dies hält unser Budget nicht aus.

Also, auf alles verzichten, keine Reparationen, Steuern zahlen bis zum Weißbrot, arbeiten nach Möglichkeit nur für die Erwerbslosenunterstützung und dann noch zwei Stunden extra für den Staat, man könnte doch die kommunistischen Samstage Ruhrlands mal in Erwägung ziehen, dann noch eine richtige und recht große ausländische Anleihe, die man nie zurückzahlen möchte, dann, ja dann, und welches Herz verzetzt sich nicht in eine bezaubernde Märchenstimmung, was vielleicht die Rentenmark stabil und das Budget nicht wackelt.

Da aber nun die Weltgeschichte sich wirklich nicht um die frommen Wünsche deutscher Kleinbürger kümmert, sondern allen nationalen Wirtschaftsgebieten der Zwang im Nacken sitzt, sich selbst zu stabilisieren in seinem Haushalt, so kann sich wohl jeder Proletarier, wenn er will, ausmisten, was seinem geliebten Vaterland nebst der verlorren Rentenmark und auch ihm selbst bevorzugen.

Inszen verdecken soll. Diese Tatsache ist nach fast zweijähriger Praxis der „Essener Richtung“ durch die Rumpfkongress einer werdenden KAM, erhärtet. Der zersplitternden Wirkung des Unionssozialdemokratismus unterlag auch die holländische KAP. Am 1. im Januar 1924 in Holland stattfindenden „Klärungs“konferenz wird nur die Frazze eines irrlich-irrenden Unionssozialdemokratismus vertreten sein. Bulgarien fordert objektive Berichterstattung. Der im Gefühlsüber-schwang und mit manuellen praktischer Erfahrung und Schutz ausgerüstete erste Vertreter Bulgariens wird nach seiner bei der Berliner Richtung verbrachten Lehrzeit eine objektive Darstellung der in KAP, und AAU, vorhandenen tatsächlichen Strömungen den bulgarischen Klassengenossen vorzulegen. Die Rumpfkongress der „KAM“ weiß nichts davon zu berichten. Ein Beweis dafür, daß Bulgarien dort unvertreten war. Ein zweiter Berichterstatter Bulgariens scheint von der deutschen Seite des Unionssozialdemokratismus auch relegiert worden zu sein. Der Bericht schweigt ihn tot. Die sonstigen angeknüpften Verbindungen, welche der deutsche „Sektenvertreter“ in seinem Bericht hervorhob existieren durch Vermittlung einer KPD-Korrespondenz, die über KAP, gerichtete Strömungen im Ausland unterrichtet wirkt. Eine wirklich proletarische Internationale des Klassenkampfes wird und kann nur proletarischer Kampfeswillen zustande bringen. Erst theoretische Klarheit und ebensolche Praxis, die nur vom proletarischen Element getrieben sein kann, vermag das Fundament zu einer KAM zu schaffen, die proletarisch revolutionäre Energien aus dem Bann reformistischer Versumpfung und bürgerlich intellektueller Bevormundung befreien kann. Der im November getagten Rumpfkongress wird ein Abschluß zu dieser proletarisch-revolutionäre Energie wird dafür sorgen, daß suchen dem proletarischen Intellekt nicht öfter ein Anschauungsunterricht geboten wird, wie ihn die verflorrene Rumpfkongress einer werdenden KAM, bot.

Es wäre dem eigentlich nur hinzuzufügen, daß noch so viel Worte eben die Entscheidung nicht ersparen können darüber, welche Stellung man einem solch unsozialdemokratischen Gebilde einnehmen gedenkt. Dies sollen sich die Kritiker nun endlich einmal durch den Kopf gehen lassen, wenn sie ernst genommen werden wollen. Wir, die wir die jetzt enttäuschten Heldenverehreren vergebens von der konter-revolutionären Organisations- und Finanzstrategie, die wir warnen, denken daran, wenn etwa den Erhebungen zu spielen, können uns aber des Eindrucks nicht erwehren, daß die Angst vor dem eigenen Courage größer ist, als die Kraft, die den Ausführungen innewohnenden Konsequenzen praktisch zu ziehen. So lange das nicht geschieht, und man nicht sich auf den Mut aufbringt, ist alles Gerede und Geschimpfe eitel Spiegeltheater. KAP, und AAU, haben jedenfalls mit derartigen Manövern nichts zu tun, und wenn nicht der dastehende Mikrokreditor derselben vorgebaut werden möchte, konnte man über diese Lächerlichkeiten zu Tagesordnung übergehen. So aber gebietet uns proletarische Pflicht, immer wieder klar festzustellen, daß die KPD, und die diese nicht charakterisierten Glücksritzer der Revolution aus ihren Reihen war, und jetzt politisches Hochstapeltum im Trüben zu fischen sucht. Wer sich trotz einiger Ungenauigkeiten von diesem Geschmiß nicht trennen kann, beweist schon durch seinen Umgang wer er ist.

Aus dem besetzten Gebiet

Die Nachrichten aus dem besetzten Gebiet über die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit lassen durchblicken, daß dort das Proletariat sich aufbäumt, doch da ihm das Ziel fehlt, welches allein die Klasse, die im Kampf um die Freiheit, teilweise in Gruppen, teilweise in Bezirken teils nach heftigem oder auch schwächerem Widerstand niederknien. Unbegreiflich erscheint uns immer wieder die Ausführung der Notstandsarbeiten. Ein Zeichen, daß das Proletariat noch sehr viel Anschauungsunterricht erhalten muß. Wir lassen etliche Berichte folgen, die die Schwere der Auseinandersetzungen erkennen lassen.

Barmen, 29. I. Bei einer Abstimmung in den freien Gewerkschaften ergab sich eine schwache Mehrheit gegen den Generalstreik. Die Streiklage hat sich dadurch verschärft, daß die Metallarbeiter von Eberfeld und Barmen und die Belegschaft der Bergischen Elektrizitätsversorgungs-Gesellschaft n. B. H. in den Ausstand getreten sind. Die Vereinigten Theater Eberfeld-Barmen müssen heute geschlossen bleiben. Die Straßenreinigung und die Müllabfuhr liegen ebenfalls still.

Infolge dieses Streiks der städtischen Arbeiter mußte die Technische Notilfe auf Veranlassung des Polizeipräsidenten zur Versorgung der Bevölkerung mit Licht und Kraft im Elektrizitätswerk Kabelestraße der Märkischen Elektrizitätsversorgungs-Gesellschaft eingesetzt werden. Ein Einsatz eines Wasserkraftwerk war bisher nicht notwendig, da die Notstandsarbeiten von den Arbeitern selbst verrichtet werden.

Barmen, 29. I. Die Straßenbahnen der Barmen Bergbahn und der Städtischen Straßenbahn traten heute in den Ausstand. Dadurch liegt der Betrieb der ausgedehnten Bahnnetzes still, und der Verkehr mit den Nachbargemeinden ist unterbrochen.

Eberfeld, 29. I. Der Ausstand der Textilarbeiter nimmt immer schärfere Formen an. Terror und Gewalttätigkeiten sind an der Tagesordnung.

Der Streik im rheinischen Kohlenbergbau hat sich noch verschärft. Auf der letzten noch arbeitenden Grube Donatus (Rheinische Aktiengesellschaft) haben heute ostrorende Anstände in großer Zahl die arbeitende Belegschaft von der Arbeitsstätte vertrieben und den Betrieb stillgelegt.

Belgische Truppen als Streikbrecher

In Rheinland, wo zurzeit gegen 400 000 Metall-, Textil- und Bergarbeiter streiken, um den Achtstundentag aufrechtzuerhalten und Lohnverhältnissen abzuwehren, hat im Kölner Gebiet die englische Besatzungsbehörde eingegriffen, trotzdem diese anfangs erklärte, sich in einen wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter nicht einzumischen. So hat diese Behörde u. a. die Bereitstellung von 600000 streikenden Arbeitern genehmigt, die die notwendige Versorgung mit elektrischem Strom zu ermöglichen.

L'Humanité (Paris) berichtet ferner, das englische Offiziere der Redaktionen der in Köln und Solingen erscheinenden kommunistischen Zeitungen aufzusuchen und diesen unter Androhung des Verbots befahlen, die Worte „Generalstreik“ oder „Streik zur Verteidigung des Achtstundentages“ aus ihren Zeitungspalten zu entfernen.

Ebenso sind britische Truppen bei dem Bergarbeiterstreik in der Umgegend von Köln gegen Streikende eingeschritten. Hieraus geht also deutlich die gemeinsame internationale Front der Kapitalisten hervor, wenn es sich um Niederschlagung von Streiks der Proletariat irgend eines Gebietes handelt. Die kommunistische Partei Englands fordert in ihrer Zeitung die englische Arbeiterschaft auf, diesen Engländer Einhalt zu gebieten durch die Forderung: Zurückweisung der britischen Truppen aus dem Rheinland!

Wirtschaft Die einsetzende Konjunktur

Zweifellos beginnt sich die Wirtschaft zu beleben. Wir wollen die groben Fälschungen der amtlichen Statistiken außer Betrachtung lassen, wenn man im Laufe einer Woche zehntausenden Erwerbslosen die Unterstützung entzieht, und dann auf Grund der Register veröffentlicht: Die Erwerbslosigkeit ist um so und soviel zurückgegangen. Wir sehen aber auch, daß sich die Zahl der Kurzarbeiter vermindert, und daß von den Südamerikaniern ein viel größerer Prozentsatz Sklaven in die Fabriken geschickt wird. Wir haben die Ursachen zu untersuchen und werden zu weissen Ergebnissen kommen, daß dies keine Gesundung des Kapitalismus ist, sondern eine fieberhafte Aufblähung, eine Scheinkonjunktur von kurzer Dauer.

Zunächst hat das Kapital eine viel größere Anzahl Proletarier aus den Betrieben geworfen, als dem Beschäftigungsgrad der Industrie für längere Zeit zuträglich war. Das war nötig, um den Herr-in-Hause-Standardpunkt durchzusetzen. Verlust war damit nicht verbunden, denn Profit kam nur, erzeugt werden, wenn die Proletarier billiger arbeiten. Durch die stabilen Zahlungsmittel und die (absolut) gesunkenen Preise (der Ursachen wie in Nr. 7, in dem Artikel „Preissturz“ untersucht) haben die sich in der letzten Zeit der Inflationsperiode fast auf den Nullpunkt gesunkenen Löhne immerhin auch relativ etwas gehoben. Das bedeutet eine zusätzliche Kaufkraft, also vermehrter Warenbedarf. Dies wäre also schon eine — die kleinste — Ursache der beginnenden „Konjunktur“.

Genossen! Denkt an die politischen Gefangenen, an die flüchtigen, im Lande unheimlich, verfolgten Revolutionäre, denkt an deren Familien, die in bitterster Not sind. Wohl lastet der Druck der Zeit sehr schwer auf jeden einzelnen, doch die Pflicht verlangt es. Noch können wir nur mit Geld helfen.

Denkt daran bei Lohnzahlungen, bei Zusammenkünften, bei Versammlungen.

Sammelt! Vereinigte revolutionäre Unterstützungskommission

Eine weitere Ursache ist die ebenfalls in dem Artikel in Nr. 7 angedeutete Ausschüttung von Agrarprodukten unter den allgemeinen Marktpreisen. Die Landwirtschaft hat während des Krieges und mehr noch unter der glorreichen Regierungzeit der „Arbeiterregierungen“ große Gewinne gemacht und die beiden lebenden Berufen (freie Berufe, Heil- und Pflegepersonal, Transport-Personal, Zwischenhändler) stützen kann. Auch nicht von der schon vorhandenen Absatzmärkte. Es muß fortlaufend neue Kaufkraft, außer den vorhandenen Konsumenten erschlossen werden. Weil diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden war — 1914. Mit dem Auslösen der Expansion, bis zum nicht die gesellschaftliche Entwicklung auf. Der Kreislauf Produktivkräfte sprengen den gesellschaftlichen Rahmen Selbstzerstörung, Unterminierung der eigenen Basis ist die Entscheidung des gefesselten Riesen Kapitalismus. Die nationale Kapitalismus, die sich bisher um die Absatzgebiete die Kapitalisten, nehmen — international, jeder für sich — einzu-schlagen, nehmen — international, jeder für sich — den Kampf auf gegen die Proletarier, um den zum Leben nötigen Kapital zu erzeugen. Die mittlere Voraussetzung für die Konjunktur fällt also: der Absatz. Durch die Erfüllungspolitik der Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist die französische Wirtschaft stärker als die deutsche. Durch die französische Inflation wird der deutschen Produktion die Grenze verengt. Die geringe Kaufkraft saugt das Ausland auf. Die kolonialen Industrieen, Indien, Kanada, Südamerika usw. — heben sich und machen die alten Welt-Konjunktur-Gezeiten die hochentwickelte Technik in Amerika kommt nicht einmal England auf, dessen Industrie technisch die deutsche weit übertrifft. Die deutsche Industrie hergeben, um sich selbst das Grab zu schaufeln. Es fehlt der Absatz. Die Konjunktur ist eine Illusion. Das deutsche Kapital atmet erleichtert auf, weil sich das Proletariat wieder durch den Absatz verliert. Die Ursache der Todeskrise wird dadurch nicht gemindert.

Ausland England erkant „Sowjet“-Rußland

Die britische Regierung, die Regierung Seiner Majestät (A. B. H. Regierung) hat durch ihren Vertreter in Moskau, Hodgson eine Note überreichen lassen, die die Anerkennung „Sowjet“-Rußlands de jure ausspricht.

Raumangel hindert uns, den Wortlaut der Note wiederzugeben. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Reuter meldet dazu, daß die Sowjetregierung die Versicherung abgegeben habe, daß die Propaganda gegen Großbritannien eingestellt werden wird.

Parlamentarischer „Bulenzauer“

Reuter meldet unter Tokio, 1. Februar: In Parlament ist es zu erregten Szenen gekommen. Die Opposition d. Untenhaus beschuldigt die Regierung, sie sei an dem Attentat gegen den Eisenbahner, in welchem sich Mitglieder der Opposition befanden, beteiligt. Als der Eisenbahnminister antwortete, stürzten sich drei Einseitlinge auf den Präsidenten des wirtschaftspolitischen Ausschusses, gegenwärtig dem süddeutschen Reichstag, und schlugen ihn mit Faust und Flaschen ausgedehnt wurden. Die Sitzung wurde aufgehoben. Dann machte der Ministerpräsident eine völlig unerwartete Mitteilung von der Auflösung des Hauses.

Dazu veröffentlicht die Regierung folgendes Kommuniqué: Nachdem die Oppositionsparteien einstimmig beschlossen hätten, das Ministerium zu stürzen, wodurch eine ernste Krise sowohl in der inneren als auch in der äußeren Politik geschaffen worden wäre, sieht sich die Regierung gezwungen, in der sicheren Annahme, daß die Bevölkerung damit einverstanden ist, das Parlament aufzulösen. Die Auflösung hat zu reichen Protesten der Oppositionsparteien Anlaß gegeben, sofort zusammengetreten sind.

Genossen! Haltet eure Zeitung hoch Sammelt für den Pressefond

Verantw.: Sengbusch, Köln. — Herausg. von der KAP
Druck: Karl Bergmann, Berlin.

Bisher waren die Waren stabil, nahmen an Wert zu, die Geldmittel entwerteten sich. Das flüssige Geld strömte in die Waren. Heute entwerten sich die Waren, das Geld ist stabil (noch). Man versucht die Waren in Geld umzusetzen. Zwangs-läufige Folge: Warenverbilligung, Geldflüssigkeit, Vermehrung des produktiven Betriebskapitals, Hebung der „Konjunktur“.

Wir brauchen zum Ueberfluß nicht zu beweisen, daß alle diese Momente nicht von langer Dauer sein können. Alle Quellen, die als treibende Faktoren die „Konjunktur“ heben, müssen sich bald ausschöpfen. Wie aber, wenn diese Quellen ausbleiben, bis alle Proletarier wieder im Joch sind? Wir einmal diese Illusion als Faktum zugrunde legen. Die Jagd nach Absatzgebieten auf den Auslandsmärkten müßte sehr schnell in einem Zusammenprall enden, gegen den, der von 1914 ein Kinderspiel war. Aus denselben zwangsläufigen Ursachen, aus dem Kapitalismus innewohnenden ökonomischen Gesetzen.

Zum Glück für die kommenden Geschlechter ist dies nicht möglich. Das gemeinsame Programm der Allgemeinen Arbeiter-Union und der Kommunistischen Arbeiter-Partei beruht nicht auf der Annahme, daß der Kapitalismus sich in der Todeskrise befindet, sondern auf der wissenschaftlichen Erkenntnis dieser Tatsache. Hieran ist ebenso wenig zu zweifeln, als an der Entwicklung der Gesellschaftsgeschichte der letzten 2000 Jahre. Die Erkenntnis von der Todeskrise des Kapitalismus ist das Resultat dieser Geschichte. Die mathematische Lösung heißt Todeskrise des Kapitals, Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft.

Den Schlüsselstrich unter das Exempel setzen KAP, und AAU; den Schlüssel dagegen, diese Aufgabe zu lösen, die dialektische Methode, ergründen, erkennen und beweisen die besten Köpfe der alten und neuen Geschichte. Heraklit und Sokrates vor fast 2500 Jahren, Kant, Fichte, Hegel, Marx, Luxemburg, Sokrates müßte den „althergebrachten“ Führer der Arbeiterbewegung, der doch sonst Doktorwürde besitzen und viele andere Auszeichnungen (von der Bourgeoisie) erhalten haben. Ueber die schwebenden Verhandlungen zwischen der freien, deutschen Republik, deren Grenzen man nicht mehr weiß, und dem bösen Erbkind wird nun folgendes veröffentlicht, das wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

Bei den schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten über die Herstellung eines modus vivendi (die vereinbarte Form für den Verkehr von Staaten, die einander nicht freundlich gesinnt sind) in den besetzten Gebieten war von deutscher Seite unter anderem beabsichtigt worden, daß die Zollgrenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet und die Erhebung eines Zolles in Höhe von 25 Proz. des deutschen Zolltarifs für die Güter, die aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet kommen, aufgehoben wird. Diese Zollgrenze war durch die Verordnung 183 der internationalen Rheinlandkommission in Koblenz vom 12. Juni 1923 als Strafmaßregel dagegen errichtet worden, daß die deutsche Regierung das von den Besatzungsmächten eingegrenzte besondere Ein- und Ausfuhrregime in den besetzten Gebieten nicht anerkennen wollte und Maßregeln gegen die Durchführung dieses Regimes im unbesetzten Gebiet erlassen hätte. Durch diese Zollgrenze ist

die Wirtschaft des besetzten und des unbesetzten Gebietes auf das schwerste erschüttert worden. Es ist ganz klar, wie hemmend auf den Wirtschaftsverkehr die Errichtung einer Zollgrenze mitten durch ein Gebiet wirken müßte, dessen Wirtschaft sich seit jeher als Einheit entwickelt hatte und dessen Wirtschaftszentren in verkehrs- und produktivtechnischer Beziehung aufs engste miteinander verflochten sind. Schon die mit der Zollbehandlung verbundenen verkehrstechnischen Hemmnisse und Zeitverluste an der Grenze haben den Güter- und Personenverkehr zwischen den beiden Gebieten schwer geschädigt; noch mehr hat aber die Abgabe des Zolles den Güter- und Personenverkehr beeinträchtigt, auf dessen ungehemmtes Funktionieren die nunmehr getrennten zwei Wirtschaftsgebiete seit Jahrhunderten eingestellt waren.

Mit dem Auslösen des passiven Widerstandes hätte man erwarten dürfen, daß auch diese ausdrücklich als Strafmaßregel eingegrenzte Zollgrenze fallen würde. Die deutsche Regierung hat daher die Hoffnung gehabt, daß bei den Verhandlungen über den modus vivendi sicher in diesem Punkte Erleichterungen zu erreichen sein würden. Ganz im Gegenteil hat aber die internationalisierte Rheinlandkommission vor kurzem, während die Verhandlungen über einen modus vivendi noch schweben, die bisherigen Zollsätze von 25 Proz. auf die vollen 100 Proz. des deutschen Zolltarifs erhöht.

Der Zustand ist also jetzt der, daß deutsche Waren im Binnenverkehr von unbesetzten nach dem besetzten Gebiet genau so behandelt werden wie irgend eine Warenleiher aus Holland, Frankreich, Belgien. Dadurch ist das besetzte Gebiet wirtschaftspolitisch Besatzung gegenüber dem süddeutschen Deutschland vollständig zum Ausland gemacht worden. Die wirtschaftliche Abtrennung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland wird aber noch dadurch verschärft, daß die Besatzungsmächte gleichzeitig den allgemeinen deutschen Zolltarif in 227 Positionen (von insgesamt 946 Positionen) abgeändert haben, mit der offenkundigen Tendenz, die Warenleiher in das besetzte Gebiet über die politische Westgrenze.

aus Frankreich und Belgien, zu begünstigen. Diese Tendenz ist ohne weiteres daraus zu ersehen, daß die Einzelpreise ermäßigt worden sind, z. B. für Liqueur, Arrak, Rum, Cognac, Wein, Süsslinsen, Kampher-Arzt-Kommode usw., wobei insbesondere Wasser, seidene Wäsche und Gewebe, seidene Tücher, seidene Gaze, Crêpe, Flor usw., Kleider, Zier- und Blüdenblumen, einer Fransen usw. Andererseits sind die Zollsätze für wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate, die für die weiterverarbeitende Industrie des besetzten Gebietes unentbehrlich sind, erhöht worden. Einzelne weiterverarbeitende Industrien des besetzten Gebietes werden dadurch gegenüber der Einfuhr fremder Waren aus Frankreich und Belgien konkurrenzunfähig.

Haltet eure Zeitung hoch
Sammelt für den Pressefond

Verantw.: Sengbusch, Köln. — Herausg. von der KAP
Druck: Karl Bergmann, Berlin.